

Protokoll

der 40. Sitzung des

**Kuratoriums der
Technischen Universität Berlin**

am 08. November 2013

Beginn: 9.30 Uhr
Ende: 11:45 Uhr

Mitglieder des Kuratoriums:

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens

Hochschulvertreter/innen

Herr Dr. Nevermann
Frau Prof. Dr. Süßmuth (Vorsitzende)
Herr Prof. Dr. Kaiser (stellv. Vors.)
Herr Dipl.-Ing. Nassauer
Herr Prof. Dr. Jähnichen
Frau M.A. Jordan
Herr Roesrath

Sitzungsteilnehmer/innen mit beratender Stimme

gem. § 1 Abs. 3 GrundO der TU:

Präsident
Zweiter Vizepräsident
Dritte Vizepräsidentin
Kanzlerin
Personalrat der Arbeitnehmer/innen und Beamt/inn/en
Personalrat der stud. Beschäftigten
Zentrale Frauenbeauftragte (Stellvertreterin)

Herr Prof. Dr.-Ing. Steinbach
Herr Prof. Dr. Heiß
Frau Dr. Wendorf
Frau Prof. Dr. Gutheil
Herr Surey
Herr Grigoleit
Frau Plaumann

Sonstige Teilnehmer/innen

Frau Zimmer (SenBJW), Herr Einacker, Herr Cassiers, Herr Prof. Thomsen
Frau Taeger, Frau Grupe (Geschäftsstelle)

Tagungsort:

Technische Universität Berlin,
Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin,
Raum H 1035

TAGESORDNUNG

TOP		Seite
1.	Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Genehmigung des Protokolls der 39. Sitzung am 13. September 2013	3
3.	Bericht des Präsidenten	3-5
4.	Hochschulvertrag für die Jahre 2014-2017	5-8
5.	Verschiedenes	8

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden - entschuldigt sind Frau Prof. Schwan, Frau Stumpfenhusen, Herr Prof. Wörner und Herr Prof. Thamsen.

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest und erläutert die Änderung der Tagesordnung durch den Wegfall des ursprünglich angekündigten TOP 4 „Stellungnahme zu den Vorschlägen des Akademischen Senats oder eigener Vorschlag zur Wahl der Präsidentin/des Präsidenten der TU Berlin“: Der Beschluss des Akademischen Senats zur Nomination von Kandidat/innen für die Wahl der Ersten Vizepräsidentin/des Ersten Vizepräsidenten soll zunächst abgewartet werden. Der Akademische Senat konnte diesen Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen nicht mehr in der Oktobersitzung behandeln und hat ihn auf die Novembersitzung verschoben. Somit werden in der kommenden Kuratoriumssitzung am 13.12.2013 beide Beschlüsse des Akademischen Senats, sowohl für die Nomination von Kandidat/innen für das Amt der Präsidentin/des Präsidenten als auch für die Erste Vizepräsidentin/den Ersten Vizepräsidenten, vorliegen.

Frau Jordan bittet darum, die Zeit für die Kuratoriumssitzung am 13.12.2013 großzügiger anzusetzen. Die Vorsitzende greift den Vorschlag auf und es wird Einvernehmen hergestellt, dass die Sitzungsdauer um 1 - 1,5 Stunden verlängert wird und die Sitzung somit von 9:00 bis max. 13:30 Uhr dauern soll.

Der Präsident informiert das Gremium, dass die vom Akademischen Senat nominierten Kandidaten im Anschluss an die Dezembersitzung des Akademischen Senats am 11.12.2013 ihre Konzepte in einer universitätsöffentlichen Veranstaltung vorstellen werden. Sie findet im großen Hörsaal H 104 statt und beginnt um 17:00 Uhr. Hierzu wird noch eine gesonderte Einladung per Email versandt werden.

Herr Prof. Kaiser bittet darum, dass sich die benannten Kandidat/innen auch in der Kuratoriumssitzung am 13.12.2013 vorstellen mit anschließender Diskussion.

Herr Prof. Jähnichen schlägt vor, die Dezembersitzung mit dem TOP Haushalt zu beginnen, damit die Kandidaten sich bei ihrer Präsentation auch auf diesen Punkt beziehen können.

Die Mitglieder stimmen allen Vorschlägen zu.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 39. Sitzung vom 13. September 2013

Frau Jordan merkt an, dass im Protokoll Maßnahmen zur Generierung von Lehrer/innen-Nachwuchs beschrieben werden, die sich aber in dieser Form nicht in der Präsentation zu TOP 6 ablesen lassen. Der Präsident und die dritte Vizepräsidentin räumen Defizite in diesem Bereich ein und sagen weitere aktive Werbung für Lehramtsstudiengänge zu.

Frau Jordan verzichtet auf eine Änderung im Protokoll der 39. Sitzung.

Das Protokoll der 39. Sitzung vom 13.09.2013 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 Bericht des Präsidenten

Der Präsident berichtet, dass

- Herr Prof. Jähnichen am 7.11.2013 die Ehrendoktorwürde der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam verliehen wurde. Die Fakultät würdigte Herrn Jähnichen für seine herausragenden wissenschaftlichen Leistungen und sein Wirken im Wissenschaftsmanagement. Insbesondere als Leiter des Fraunhofer Instituts für Rechnerarchitektur und Softwaretechnik (FIRST) und als Präsident der Gesellschaft für Informatik e.V.
- der Erstsemestertag in El Gouna in Anwesenheit der Wissenschaftssenatorin, Frau Sandra Scheeres, begangen wurde. Außerdem wurde der Folgevertrag für weitere fünf Jahre unterzeichnet. Die gesamten Kosten für den Campus El Gouna werden weiterhin alleine durch Herrn Sawiris getragen und belasten demnach nicht den Haushalt der TU Berlin. Der Präsident schildert darüber hinaus, dass die Unruhen in Kairo nicht in El Gouna bemerkbar sind.
- am 1.11.2013 eine Gedenkveranstaltung zum Tod von Herrn Prof. Spur im Audimax stattfand, in der seine Bedeutung für die TU, insbesondere in seinem Fachgebiet der Produktionstechnik und des Werkzeugmaschinenbaus, hervorgehoben wurde.
- am 4.11.2013 die Queen's Lecture stattfand. Diesmal hielt der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Paul Dolan einen Vortrag zum Thema: „Happiness by design“, dem ca. 2.000 Besucher im Audimax und per Livestream in H 104 lauschten. Der Präsident bedankt sich besonders bei der Abteilung Protokoll und Presse für die Organisation dieser gelungenen Veranstaltung.
- Herr Prof. Dr. Thomas Wiegand am 18.10.2013 den mit 20.000 Euro dotierten Forschungspreis Technische Kommunikation der Alcatel-Lucent Stiftung für seine Arbeiten an der Entwicklung der aktuellen Standards für die Videocodierung erhalten hat.
- Frau Prof. Savoy vom Fachgebiet Kunstgeschichte ebenso wie Frau Prof. Knab vom Fachgebiet Fachdidaktik Arbeitslehre im Rahmen des Erstsemestertages am 21.10.2013 für vorbildliche Lehre ausgezeichnet wurden.
- die Stabsstelle Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Alumni der TU Berlin vom Bundesverband deutscher Pressesprecher als „Pressestelle des Jahres“ in der Kategorie „Politik/Verwaltung“ gekürt wurde. Die Preisverleihung und die Übergabe des „Goldenen Apfels“ fanden am 26.09.2013 bei der großen „Speakersnight“ im Berliner Friedrichsstadtpalast vor rund 1.600 Pressesprecherinnen, Pressesprechern und Kommunikationsbeauftragten statt.
- die Technische Universität Berlin bei dem jüngst veröffentlichten F.A.Z.-Ökonomenranking unter den Universitäten bundesweit den dritten Platz belegt. Mit der neuen Rangliste wurde ermittelt, welche forschungsstarken Ökonominen und Ökonomen in Politik und Medien den größten Einfluss in Deutschland haben. Unter den 283 bewerteten Ökonomen befindet sich Prof. Dr. Gert G. Wagner auf Platz 10. Er ist Vorstandsmitglied des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Leiter des Fachgebiets Empirische Wirtschaftsforschung und

Wirtschaftspolitik an der TU Berlin.

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, stellvertretender Direktor und Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) sowie Leiter des Fachgebiets Ökonomie des Klimawandels an der TU Berlin, belegt Platz 27.

Die Beispiele zeigen, dass sich die von der TU Berlin traditionell gepflegten Verbindungen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen positiv auf die Wissenschaftsleistung auswirken.

- am 18.10.2013 auf der 25. Hauptversammlung des europäischen Hochschulverbands CESAER (Conference of European Schools for Advanced Engineering and Research) an der RWTH Aachen der Präsident der Technischen Universität Berlin, Prof. Dr.-Ing. Prof. h. c. Jörg Steinbach, für zwei Jahre, von 2014 bis 2015, zum „President-Elect“ in das „Management Committee“ gewählt wurde. Das „Management Committee“ leitet den Verbund CESAER. Mit dem Verbund CESAER werden exzellente Lehre und Forschung in den Ingenieurwissenschaften sowie Innovationen gefördert.

Herr Prof. Kaiser erläutert, dass CESAER einen Zusammenschluss der forschungsorientierten Technischen Universitäten auf europäischer Ebene - ähnlich der TU9 - darstellt. Ihm gehören über 50 europäische Universitäten und Hochschulen mit technischem Schwerpunkt aus 24 Nationen, u.a. so bekannte Spitzenuniversitäten wie die RWTH Aachen, die Universität Delft, die Ecole Centrale Paris oder die Chalmers Universität Göteborg an. Durch die Wahl des Präsidenten wird die Sichtbarkeit der TU hervorgehoben und deren Einflussnahme und Gestaltungsmöglichkeit auf europäischer Ebene befördert.

Die Mitglieder gratulieren zu dieser Auszeichnung,

Der zweite Vizepräsident berichtet über:

- die Eröffnung des Studiengangs „Global Production Engineering“ an der Deutsch-Vietnamesischen Universität in Saigon (Ho-Chi-Minh-Stadt), die in der letzten Oktoberwoche in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters, Herrn Wowerit, dem Generalkonsul, Herrn Dr. Stell, sowie einer Berliner Wirtschaftsdelegation unter Leitung des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Berlin (IHK), Herrn Dr. Schweitzer, stattfand. Die Universität wird durch den DAAD und das BMBF gefördert. Des Weiteren haben deutsche Firmen wie Mercedes oder Bosch ihre Produktionsstätten in der Gegend und bieten Praktikums- und Ausbildungsplätze im Rahmen des dualen Berufsausbildungssystems an.
- den Tag der Lehre am 7.11.2013, der universitätsintern allen interessierten Studierenden und Lehrenden die Gelegenheit bot, sich über ihre Erfahrungen, Probleme und Wünsche beim Einsatz digitaler Medien zur Unterstützung ihrer Lehrveranstaltungen auszutauschen und interessante Beispiele zu online-begleiteter Lehre kennenzulernen.

Die dritte Vizepräsidentin berichtet:

- vom Workshop zum Thema „Pflege“, der am 30.10.2013 stattfand. Es ist beabsichtigt eine kollegiale Beratungsplattform in Zusammenarbeit mit der UdK aufzubauen.
- dass sich das Lehrkräftebildungsgesetz im parlamentarischen Prozess befindet und die TU in der letzten Woche eine Stellungnahme im Wissenschaftsausschuss zum Thema Quereinstiegsmöglichkeiten abgegeben hat, die in den Gesetzentwurf aufgenommen wurde. Die Verabschiedung des Gesetzes ist für Ende Januar 2014 geplant.

Die Kanzlerin stellt die Broschüre „Gemeinsam auf dem Weg – Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit an der TU Berlin“ vor. Hierin sind die bisher erreichten Erfolge in der Gleich-

stellung aufgeführt. Das Gesamtkonzept und deren Umsetzung soll in einer späteren Sitzung als eigener Tagesordnungspunkt behandelt werden.

Zum Stand der Tarifverhandlungen der studentischen Verträge berichtet die Kanzlerin, dass in der LKRP leider keine Einigkeit in Bezug auf ein gemeinsames Verhandlungsangebot von Seiten der Arbeitgeber hergestellt werden konnte. Trotzdem wird sie sich dafür einsetzen, dass der Kommunale Arbeitgeberverband Berlin (KAV) die Verhandlungen wieder aufnimmt. Sie wird dabei auch vom Präsidenten unterstützt. In der Zwischenzeit bietet sie dem Personalrat der Studentischen Beschäftigten der TU Berlin an, sich im Gespräch über Ziele und Forderungen auszutauschen. Eine Überarbeitung des Tarifvertrages ist in jedem Fall erforderlich, da er noch auf veralteten Verhältnissen beruht.

Frau Jordan hebt die Notwendigkeit von Tutor/innenstellen hervor, um vor allem die Lehre in den MINT-Fächern zu gewährleisten, und fordert ebenso die Verhandlungen weiterzuführen. Eine Verbesserung der Bezahlung ist dringend geboten, damit den studentischen Mitarbeiter/innen konkurrenzfähige Stellenangebote gemacht werden können.

Herr Grigoleit bedankt sich für die Verhandlungsbereitschaft der TU-Leitung und hofft, dass durch den Abschluss eines überarbeiteten Tarifvertrages auch die Arbeitssituation der studentischen Mitarbeiter/innen im Drittmittelbereich verbessert werden kann, deren Zahl sich in diesem Jahr um 100 zum Vorjahr erhöht hat.

TOP 4 Hochschulvertrag für die Jahre 2014-2017

Vorlage KU 2/040

Der Präsident stellt die wesentlichen Bestandteile des Hochschulvertrages anhand einer Präsentation (siehe *Anlage*) vor. Der Vertrag legt die maximalen Budgetsummen fest, die bei Erreichen der Parameter abgerufen werden können. Der Anteil des Bundes aus dem Hochschulpakt 2020 steigt hierbei von 8 auf 10 %.

Weitere Punkte des Vertrages sind:

- Gleichstellung,
- Internationalisierung,
- Lehrerbildung (neu),
- Public Health (neu),
- Maßnahmen zur Qualitätssicherung in Lehre und Studium,
- Chancengleichheit der Frauen,
- Teilnahme an dialogorientierten Serviceverfahren,
- Halteverpflichtung,
- Anforderungen an die Strukturpläne,
- Regelungen beim Auslaufen der Förderung im Rahmen der Exzellenzinitiative,
- Durchlässigkeit zum Master,
- kooperative Promotionen mit den Fachhochschulen,
- Zusammenarbeit der Hochschulen bei Serviceeinrichtungen wie z.B. das Campusmanagement.

Der Vertrag enthält nicht mehr den Punkt Evaluierung der Lehrerausbildung. Stattdessen gilt das Lehrkräftebildungsgesetz. Auch entfällt eine kleinteilige Steuerung der Lehrangebote.

Die Matheon-Förderung wird durch die Förderung der Nachfolgeorganisation Einstein-Zentrum für Mathematik Berlin (ECMath) der Einstein Stiftung Berlin ersetzt und ist daher nicht mehr Gegenstand des Hochschulvertrages.

Zusammenfassend stellt der Präsident fest, dass die in Aussicht gestellten Budgets für die Jahre 2014-2017 weiterhin ein Defizit von im Durchschnitt 10 % pro Jahr fortschreiben.

Angesichts dieser dauerhaften Unterfinanzierung gibt es kaum Gestaltungsspielräume.

Insbesondere wirkt sich der Zahlungsmechanismus des Hochschulpaktes 2020 negativ aus, der ein Soll bei den Studierendenzahlen des ersten Hochschulsemesters festlegt. Die TU liegt in diesem Jahr um ca. 800 Studierende unter dem Soll. Dieser Ansatz resultiert aus den Jahren 2011 und 2012, in denen die Zahl der Studienanfänger durch die doppelten Abiturjahrgänge und das Aussetzen der Wehrpflicht unverhältnismäßig hoch lag.

Der Präsident schließt seinen Vortrag mit dem Resümee, dass die Verhandlungen trotz der Finanzierungslücke ein positives Ergebnis zeigen, da sie immerhin einer Erhöhung von 2,8 % beinhalten, während andere Ressorts nur eine Erhöhung von 0,3 % erhalten haben. Nachverhandlungen lehnt er ab, da sie das mühsam ausgehandelte Ergebnis nur gefährden würden. Er hofft, dass der Hochschulvertrag in der vorgelegten Form in der nächsten Woche durch das Abgeordnetenhaus in letzter Lesung beschlossen wird.

In der anschließenden Aussprache erläutert Herr Staatssekretär Nevermann, dass alle Hochschulen mit einer Unterfinanzierung leben müssen, und die in Aussicht gestellten Budgets angesichts knapper Haushaltskassen noch ein zufrieden stellendes Ergebnis darstellen.

Ein Verteilungsschlüssel, der auf den Erstsemesterzahlen beruht, wurde auf Bundesebene beschlossen, um sicherzustellen, dass ausreichend Studienplätze entsprechend den Abiturjahrgängen angeboten werden. Bis 2016 müssen die Zahlen gehalten werden. Danach sollte diskutiert werden, dass die Zahlen auch wieder leicht rückläufig sein können.

Herr Staatssekretär Nevermann erläutert weiter, dass das Land Berlin hohe Risiken auf sich nimmt in Bezug auf die Bundesmittel aus dem Hochschulpakt 2020. In den vergangenen zwei Jahren wurden zwar Rücklagen aus den Zahlungen des Bundes gebildet, die nun 2014 und 2015 zusätzlich mit in die Etats mit eingerechnet und verteilt werden.

Der Bundesanteil, der im Jahr 2013 111 Mio. € beträgt, steigt in den Jahren 2014 und 2015 auf 141 bzw. 153 Mio. €, um ab dem Jahr 2016 wieder auf 140 und 144 Mio. € im Jahr 2017 abzusinken. Demgegenüber steigt der Landeszuschuss in den Jahren 2014 und 2015 zunächst weniger stark, dafür aber umso mehr ab dem Jahr 2016. 2017 wird mit dem Gesamtbetrag von 1,036 Mrd. € eine Steigerung von 90 Mio. € im Vergleich zum Jahr 2013 erreicht.

Herr Staatssekretär Nevermann berichtet des Weiteren vom Treffen des Haushaltsausschusses, der u. a. die Erstattung der Rückzahlung der Rückmeldegebühren in Höhe von 44 Mio. € beschlossen hat. Die Rückmeldegebühren wurden zwar in der richtigen Höhe eingenommen und für richtige Zwecke verbraucht. Dennoch hatte das Bundesverfassungsgericht die Rückzahlung auf Grund eines formalen juristischen Fehlers angeordnet.

Frau Jordan kritisiert die Aufnahme von immer mehr Studierenden, um die Halteverpflichtung zu erfüllen. Sie sieht das Risiko einer zunehmenden Zahl von Studienabbrechern in den höheren Semestern.

Hierauf erwidert Herr Staatssekretär Nevermann, dass nur die Zuteilung der Bundesmittel auf den Erstsemesterzahlen beruht (siehe Zahlen in der Anlage 5 des Hochschulvertrages), für die Verteilung der Landesmittel durch das Land Berlin werden jedoch die Anzahl der Studierenden sowohl im ersten Fachsemester als auch die in der Regelstudienzeit sowie die Abbrecherquote zu Grunde gelegt.

Frau Jordan befürchtet des Weiteren, dass eine langfristige Unterfinanzierung der Hochschulen insbesondere zu Lasten der Mitarbeiter/innen des Mittelbaus geht.

Herr Prof. Jähnichen schätzt die Einschnitte weniger dramatisch ein. Er geht nach den derzeitigen Haushaltsberechnungen von einer Pauschalen Minderausgabe (PMA) im einstelligen Prozentbereich aus.

Die Vorsitzende stimmt mit der TU-Leitung überein, dass Nachverhandlungen die Gefahr einer Verschlechterung beinhalten. Sie gibt jedoch zu bedenken, dass die finanzielle Ausstattung die TU insbesondere international wettbewerbsfähig halten muss.

Der Präsident erläutert, dass es zur weiteren Finanzierung der TU darüber hinaus wichtig ist, dass das Niveau im Bereich der Forschung gehalten wird, d.h. auslaufende Projekte müssen durch neue substituiert werden. Er sieht hierin aber angesichts der Leistungsstärke der TU, die sich in einer ausgeglichenen Aufteilung zwischen Aufträgen aus der Industrie (20 %) und den öffentlichen Drittmittelgebern: z.B. DFG, BMBF, EU (80 %) widerspiegelt, ein nicht so großes Risiko. In der kommenden Woche wird z.B. eine Begutachtung zu einem vom BMBF geförderten Kompetenzzentrum „Big Data“ stattfinden. Bei den Sonderforschungsbereichen der DFG, in denen die TU die Sprecherschaft hat, gab es eine Steigerung von drei auf sieben. Zwei weitere SFBs sind in der Antragsphase. Im DFG-Ranking ist die TU Berlin unter den TOP fünf (ohne die medizinischen Bereiche).

Die Kanzlerin sieht in der mangelhaften Finanzierung von Investitionen ein großes Problem für die TU: So mussten im vergangenen Jahr schon Investitionen aus dem Personalbudget querfinanziert werden. Demgegenüber würde es eine große Entlastung für den TU-Haushalt bedeuten, wenn Bauprojekte aus dem Landeshaushalt übernommen würden und Gebäude nicht mehr angemietet werden müssten. Beispiele wären der Bau eines neuen sowie die Sanierung des alten Mathematikgebäudes. Die Kanzlerin regt an, dass hierzu Verhandlungen mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Abt. Bauen) aufgenommen werden.

Die dritte Vizepräsidentin macht darauf aufmerksam, dass der Hochschulvertrag als ein positives Element eine Regelung für die Mindestbeschäftigungszeit des wissenschaftlichen Nachwuchses von fünf Jahren (Ausnahme: drei Jahre) beinhaltet. Diese Regelung wird auch im Drittmittelbereich Anwendung finden.

Alle Beteiligten betonen, dass die Hochschulvertragsverhandlungen durch das große Bemühen aller Seiten geprägt waren, einen tragfähigen Kompromiss zu erreichen. Die TU-Verantwortlichen bedanken sich ausdrücklich für das Verständnis, das die Senatsverwaltung für die Belange der Hochschulen gezeigt hat.

Die Vorsitzende beendet die Diskussion und stellt Einvernehmen her, dass die Mitglieder zunächst einen Beschluss über die zustimmende Kenntnisnahme des vorgelegten Hochschulvertrages fassen. In einem weiteren Beschluss sollen die Anmerkungen des Akademischen Senats übernommen werden.

Beschluss KU 1/040-08.11.2013

einstimmig

Das Kuratorium nimmt den vorgelegten Hochschulvertrag für die Jahre 2014-2017 gem. § 2a Berliner Hochschulgesetz zustimmend zur Kenntnis.

Beschluss KU 2/040-08.11.2013

mit einer Enthaltung angenommen

Das Kuratorium teilt die vom Akademischen Senat im Beschluss AS 11/728-23.10.2013 geäußerten Bedenken und übernimmt dessen Anmerkungen.

TOP 5 Verschiedenes

Herr Prof. Jähnichen berichtet von seiner Teilnahme an der Abschlussveranstaltung des European Research Council, auf der die Weiterführung des ERC-Programms für die Förderung von Nachwuchswissenschaftler/innen bis 2020 angekündigt wurde. Es handelt sich um Grants, die nach der Karrierestufe untergliedert sind in Starting, Consolidator and Advanced Grants und mit Summen von 1,5 – 3 Mio. € über fünf Jahre gefördert werden.

Herr Prof. Jähnichen regt an, diese Förderungsform auch in der TU aktiv zu unterstützen. Des Weiteren regt er an, dass sich erfahrende Wissenschaftler/innen als Gutachter in den Panels zur Verfügung stellen, um damit den Kontakt zum Research Council herzustellen. Er selber ist Chair des Consolidator Panels im Bereich der Informatik.

Herr Staatssekretär Nevermann bemerkt, dass deutsche Nachwuchswissenschaftler/innen häufig an Universitäten in England oder Frankreich gehen, die ihnen die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Grants schaffen. Hier müsste Deutschland mehr Angebote machen.

Der Präsident und die Kanzlerin verweisen auf bisherige Einwerbungen von ERC Grants. Darüber hinaus berücksichtigt das Zukunftskonzept der TU unter dem Punkt „Talent Scouting“ eine finanzielle Ausstattung in diesem Bereich

Die Vorsitzende könnte sich vorstellen, dass Deutschland ggf. mit einem Büro in Brüssel vertreten sein sollte, um den direkten Kontakt mit dem ERC herzustellen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung und bittet darum, dass der Termin für die Vorstellung der Kandidat/innen für die Wahl der Präsidentin/des Präsidenten sowie der Vizepräsident/innen allen Mitglieder rechtzeitig bekannt gegeben wird.

Darüber hinaus bittet sie um rege Teilnahme in der kommenden Sitzung des Kuratoriums am 13. 12.2013.

Vorsitzende:

gez.
Prof. Dr. Rita Süßmuth

Protokoll:

gez.
Ulrike Grupe